



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Susann Biedefeld** und **Fraktion (SPD)**

Pläne zur Einführung der Pkw-Maut nicht weiterverfolgen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, auf Bundesebene hinzuwirken, von den Plänen zur Pkw-Maut endlich Abstand zu nehmen, weil die Bedingungen des Koalitionsvertrags nicht eingehalten werden, ein großer Einnahmeüberschuss für den Staat bisher objektiv nicht nachgewiesen werden kann und es ebenso keine endgültige Garantie für die Kostenfreiheit deutscher und bayerischer Autofahrer gibt.

Begründung:

Von den Plänen zur Einführung einer Pkw-Maut, die dem Staat offenbar keine deutlichen Mehreinnahmen bringt, ist Abstand zu nehmen.

Unabhängig von den Einführungskosten zur Errichtung eines Erfassungssystems für die Pkw-Maut, weisen aktuelle Studien darauf hin, dass möglicherweise spätere Bundeshaushalte sogar be- statt entlastet werden.

Daneben ist im Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD 2013 eindeutig festgelegt:

„Eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ist die Grundlage für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaft. Deshalb werden wir besondere Anstrengungen unternehmen, um zusätzliche Ausgaben für eine moderne, sichere und leistungsstarke Verkehrsinfrastruktur auf den Weg zu bringen. (...)

Zur zusätzlichen Finanzierung des Erhalts und des Ausbaus unseres Autobahnnetzes werden wir einen angemessenen Beitrag der Halter von nicht in Deutschland zugelassenen Pkw erheben (Vignette) mit der Maßgabe, dass kein Fahrzeughalter in Deutschland stärker belastet wird als heute.

Die Ausgestaltung wird EU-rechtskonform erfolgen.“

Laut einem aktuellen Bundestagsgutachten verstößt die Pkw-Maut auch weiterhin gegen EU-Recht trotz der Änderungen, die der Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur Alexander Dobrindt mit Brüssel vereinbart hat.